

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 11

Artikel: Vom Umgang mit alten und neuen Medien : Einmischung ist dringend notwendig
Autor: Stibler, Linda
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340402>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Achtung – vor wem?

Nun ist Achtung vor dem Gegner beileibe keine schlechte Eigenschaft an sich. Sie wird aber dazu, wenn man die Achtung vor dem Gegner und vom Gegner höher einstuft und einschätzt als die Achtung gegenüber dem Freund und vom Freund.

Dieses seltsame Phänomen ist eingetroffen, musste fast notwendigerweise eintreffen, denn jemand war und wurde man ja nur, wenn die Mehrheit – und das sind immer noch die anderen – auch der Meinung war, man sei jemand. Solche Achtung erringen heisst aber Wohlverhalten, heisst Anpassung, heisst vorab sich ausrichten auf bürgerliche Massstäbe.

Dieses Ausrichten hat meist zwei Dinge zur Folge: Erstens wird man in der eigenen Bewegung unglaublich. Und zweitens wird die eigene Bewegung für einem selbst unglaublich.

So hat man denn oftmals die höchst unschöne Lage, dass SP-Politiker und Politikerinnen, die etwas gelten, in der eigenen Bewegung nicht mehr so viel gelten und von dieser Bewegung auch nicht mehr sehr viel halten. Man braucht sie bloss noch. Gegenseitig!

Was jeweils zuerst eintrifft, kann hier nicht beantwortet werden. Dass es oft eintrifft, zeigt die Realität.

Es wäre nun schön, nach dieser Erklärung zu guter Letzt doch noch ein bisschen Hoffnung und Optimismus zu verströmen, gleichsam neue, hoffnungsträchtige Horizonte auszumalen. Doch so einfach ist es nicht. Das Selbstvertrauen, das man uns genommen und in ein entfremdetes Vertrauen gewandelt hat, kann man nicht aus dem Boden stampfen. Man müsste es vielmehr sorgfältig aufbauen, müsste die ganze Bildung und

Ausbildung ändern und verändern, um dann vielleicht der einst zu erkennen, dass Teilhaben an der Macht nicht wichtiger ist als der Kampf gegen die Ohnmacht des einzelnen.

Eigentlich hatte man sich das ein wenig von den 68ern erhofft. Von jenen Leuten, die aus dem Bürgertum heraus zu neuen Ufern aufgebrochen waren. Heute sind viele an die alten Strände zurückgespült worden. Andere wurden dermassen emporgespült, dass sie die neuen Ufer nicht mehr sehen. Und einige wurden auch so überspült, dass sie untergegangen sind. Also gar keine Hoffnung? – Doch, zumindest die Hoffnung, dass der gesellschaftliche Wandel bald einmal auch die Strukturen der anderen erschüttern wird. Und das ist zumindest etwas: Eine Herausforderung hin zu einer neuen Politik. Man müsste sie jetzt anpacken!

(Copyright by s'Rote Heftli)

Vom Umgang mit alten und neuen Medien

Einmischung ist dringend notwendig

Ein Diskussionsbeitrag von Linda Stibler

Soll man den Prognosen glauben, dann stehen wir erst am Beginn eines neuen Zeitalters, in dem die Information im Zentrum stehen soll. Wer also über mehr und bessere Informationen verfügt, wer gespeicherte Informationen in Arbeitsprozesse umwandeln kann, hat einen Vorsprung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik – und also auch mehr Macht.

In der Wirtschaft wird dieser Informationsvorsprung mit der Mikroelektronik gesucht. In der Politik verspricht man dank besserem Informationszugang bessere Problemlösungen (es bleibt einstweilen beim Versprechen!), aber man erhofft sich durch die

gezielte Anwendung der Medien auch mehr Einfluss. Gleichzeitig wächst das Unterhaltungs- und Informationsbedürfnis des Einzelnen in der Gesellschaft, das heisst es wird angeheizt durch ein ständig steigendes Angebot an sogenannten neuen Medien (durch Verkabelung und Satellitenübertragung erst möglich gewordene breite Auswahl von Fernsehsendern; Videoaufnahme- und -abspielgeräte, Teletex, Videotext usw.).

In den Gewerkschaften und in linken Parteien hat man sich mit dem anbrechenden Computerzeitalter sehr kritisch auseinandergesetzt und sich mit den neuen Medien schwergetan. Einmal

mehr musste man feststellen, dass neue Technologien eingeführt werden, ohne deren Konsequenzen abzuschätzen, geschweige denn zu überblicken. Nur eines ist gewiss: Sowohl die Computertechnik als auch die neuen Medien werden tiefgreifende gesellschaftspolitische Konsequenzen haben. Vor allem werden Arbeitsplätze zerstört, *bevor* neue geschaffen sind. Ob die neuen besser sein werden, steht noch keineswegs fest. Andererseits wird gesellschaftliches Verhalten verändert; die Menschen werden möglicherweise in neue Abhängigkeiten getrieben. Es ist dringend nötig, diese Kritik zu formulieren und zu versu-

chen, die rasante Entwicklung aufzuhalten oder wenigstens zu verzögern, um so eine Verschnaufpause zur besseren Einschätzung der Lage zu erhalten. Es muss nicht alles gemacht werden, was technisch machbar ist, lautete unsere Devise, denn uns geht es in erster Linie um das Wohlergehen der Menschen und nicht um das Geschäft. Und es mag in unseren Kreisen auch Leute gegeben haben, die glaubten, dass man mit diesem Widerstand die Entwicklung langfristig verhindern könnte. Das ist nicht der Fall – zu viel Geld kann man auf diesem Sektor verdienen.

Persönlich bin ich auch der Meinung, dass viele der neuen Entwicklungen im Medienbereich stumpfsinnig sind, und dass hier ein ungeheures Potential an geistigen Kräften verschwendet wird. Und trotzdem besteht ein grundlegender Unterschied zwischen jenen Technologien, die die Umwelt zerstören und auf lange Sicht unsere Lebensgrundlagen gefährden: Atomtechnologie, Inumlaufbringen von nicht mehr abbaubaren Umweltgiften und anderes mehr. Da hat man vernünftigerweise gar keine andere Wahl, als sich gegen derartige Technologien grundsätzlich zur Wehr zu setzen, unabhängig von der Tatsache, ob sie praktiziert werden oder nicht. Es kann hier keine «Akzeptanz», wie das neue Wort dafür heisst, geben.

Bei den neuen Medien ist das nicht der Fall. Natürlich können sie sich gesellschaftlich negativ, sogar verheerend auswirken. Allerdings gilt beim Konsum der Medien nach wie vor Freiwilligkeit. Es ist nicht zu bestreiten, dass sich diese Medien auch auf jene auswirken können, die sie nicht konsumieren oder die den Konsum nicht steuern können – Kinder zum Beispiel. Der ganze Werbezirkus hat Auswirkungen auf die Preise; die Desinformation durch ein Überangebot an

seichter Unterhaltung und Sensationshascherei untergraben das demokratische Bewusstsein. Wir wollen auch nicht herunterspielen, dass durch den Konsum – darf man sagen: suchtmässigen? – der Medien soziale Kosten entstehen können, die der Allgemeinheit angelastet werden, zum Beispiel die Vereinsamung der Menschen, die ihrerseits wieder gesellschaftliche oder soziale Hilfe brauchen.

Es kann ebenso wenig bestritten werden, dass mit den neuen Medien auch positive Entwicklungen eingeleitet werden könnten, wenn zum Beispiel vermehrt und vertiefte Information vermittelt wird. Im kulturellen Sektor müssen die elektronischen Medien nicht zwangsläufig zerstörend wirken – wie das heute leider oft der Fall ist – sondern sie könnten – gerade umgekehrt – animierend wirken und die Kreativität der Einzelnen fördern. Es hängt alles davon ab, wie diese Medien benutzt, wie sie verbreitet werden, und wer die Kontrolle über sie ausübt. Wenn man sich in der heutigen Presselandschaft umsieht oder wenn man beobachtet, welche Geld- und Machtinteressen sich um die neuen Medien balgen, kann man nicht gerade optimistisch gestimmt sein. Ich glaube aber, dass wir auf diesem Gebiet keine Wende herbeiführen, wenn wir abseits stehen. Wir müssen aktiv Medienpolitik betreiben. Wir müssen uns auch bewusst werden, dass sich viele junge Leute von den neuen Medien angezogen fühlen und sich in die neuen Medien drängen. Es kommt unter anderem darauf an, wie diese kommende Generation mit den Medien umgeht. Unsere politische Devise muss daher lauten: Alle positiven Kräfte zu unterstützen und die reinen Geld- und Machtansprüche zurückzudrängen. Das heisst, wir müssen uns auf der ganzen Breite einmischen. An uns, der Linken, liegt es, das öf-

fentliche Interesse zu verteidigen und den Missbrauch der neuen Medien zu verhindern. Das ist bis zu einem gewissen Grade mit gesetzlichen Regelungen möglich. Daher müssen sich unsere politischen Aktivitäten auf die Mediengesetzgebung konzentrieren. Andererseits müssen wir uns nicht nur zu laufenden Projekten äussern, sondern darin Mitsprache fordern, um unseren Standpunkt unmissverständlich einzubringen. Das erfordert allerdings eine neue Haltung: Es kann keineswegs darum gehen, uns im Sinne eidgenössischer Konkordanz in derartige Unternehmen einbinden zu lassen, sondern es geht vielmehr darum, die Interessen jener Öffentlichkeit geltend zu machen, die wir vertreten und die von den wirtschaftlichen Interessen nicht überfahren werden darf. Diese Auseinandersetzung muss geführt werden. Natürlich gibt es auch Grenzen: Lohnt sich der Aufwand? Wieviel Einfluss hat man? etc. Das muss man wohl von Fall zu Fall und nach den eigenen Möglichkeiten entscheiden. Grundsätzliche Abstinenz halte ich für sinnlos, und heftige Auseinandersetzungen darüber für unfruchtbar.

Natürlich – und das wäre die dritte Anforderung an eine neue Medienpolitik – müssten wir im Sektor der neuen Medien selbst tragfähige Alternativen entwickeln.

Ich habe versucht, eine mögliche Neuorientierung in der Medienpolitik zu skizzieren. Gleichzeitig mit einer derartigen Neuorientierung müssten wir den eigenen Umgang mit den Medien überprüfen und ein neues Selbstbewusstsein entwickeln. Das heisst im Klartext, dass es für uns – und hier meine ich vor allem die Exponenten der sozialdemokratischen Partei – keine billige Publizitätschascherei mehr geben darf. Es ist nicht von Bedeutung, ob wir von den mehrheitlich bürgerlichen Medien positiv

oder negativ beurteilt werden. Unsere Politiker haben weder Imagepflicht noch Wahlhilfe von dieser Seite nötig. Man mag mir entgegenhalten, dass der Werbeeffekt nicht zu unterschätzen sei. Ich glaube aber, dass hier ebenfalls Veränderungen im Gange sind: Mehr und mehr durchschaut auch das breite Publikum diese Spiele und wendet sich angewidert ab.

In der Sachpolitik stellt sich die Frage noch deutlicher: Die politischen Problemstellungen sind komplizierter geworden. Sie verlangen ein hohes Mass an Ein- und Übersicht und rufen nach permanenter Auseinandersetzung. Die Schlagzeilenjägerei der meisten heutigen Medien wird diesen Anforderungen in keiner Weise mehr gerecht. In ihrer oberflächlichen Behand-

lung werden wichtige Themen geradezu «totgeschlagen». Als Beispiel lässt sich das Waldsterben anführen. Diese Diskussionen müssen wir also ohnehin anders führen: Wir müssen neue Multiplikatoren einsetzen, um diese Fragen im öffentlichen Bewusstsein zu halten, ohne uns auf die klassischen Medien Presse, Radio und Fernsehen allein abzustützen. Auf der andern Seite dürfen wir ebenso selbstbewusst alle Medien – ob sie uns freundlich gesinnt sind oder nicht – an ihre Informationspflicht erinnern und darauf beharren, dass sie unsere Standpunkte der Öffentlichkeit bekanntgeben – dies umso mehr als sich diese Medien heute meistens als parteiunabhängig erklären und immer wieder beteuern, sie seien der ganzen Öffentlichkeit verpflichtet.

Aus unserem demokratischen Selbstverständnis heraus müssen wir uns noch konsequenter für die Freiheit der Medienschaffenden einsetzen – vor allem gegenüber ihren Verlegern, aber auch gegenüber Druckversuchen von aussen. Dieses Bekenntnis zur Pressefreiheit gilt natürlich auch zugunsten jener Medienschaffenden, die Meinungen äussern, die uns nicht passen. Andererseits müssen wir auch dem Machtmissbrauch, den einzelne Medienschaffende betreiben – und der meistens nicht im Auftrag von irgendwelchen Verlegern erfolgt! – energisch entgegentreten. Man muss den kleinen Königsmachern oder Fertigmachern, die keine ethischen Grundsätze mehr kennen, auf die Finger klopfen, anstatt um ihre Gunst zu buhlen.

Die Gewerkschaften aus der Sicht ihrer Basis

«Gewerkschaften im Wandel»

Von Bernard Degen

Mit der Einstellung der Gewerkschaftsbasis zu ihren Verbandsstrukturen, zur schweizerischen Ausprägung der *industrial relations* und zu gewerkschaftlichen Zielsetzungen befasst sich die Studie eines Teams von Soziologen und Politologen aus Genf und St. Gallen*. Ihr Ausgangspunkt bildete die These, einer Phase wirtschaftlicher Stagnation, verbunden mit technologischem und strukturellem Wandel entspreche ein anderer Gewerkschaftstypus und eine andere Strategie als der Wachstumsphase der Nachkriegszeit. Die Datengrundlage lieferte die Befragung von 606 Mitgliedern des SMUV und 421 des VPOD im Frühling 1982. Bereits 1984 machten die Autoren erste Resultate in Form eines 80seitigen

Computerausdruckes zugänglich. Kürzlich erschien nun ein Buch, in dem sie die Umfrageergebnisse kommentieren und damit für eine breitere Diskussion erschliessen. Einige Aspekte sollen im folgenden auf den drei eingangs erwähnten Untersuchungsebenen näher betrachtet werden:

1. Gewerkschaftsstrukturen

Die soziale Zusammensetzung der untersuchten Verbände, wie sie sich aus der geschichtlichen Zufallsstichprobe ergibt, weicht voneinander ab. Im SMUV stellen gelernte und ungelernte Arbeiter zusammen mit den Vorarbeitern etwa zwei Drittel der Mitglieder, Angestellte und Kinder dagegen nur ein Viertel. Ge-

rade umgekehrt liegen die Verhältnisse beim VPOD. Leider fehlen in der Veröffentlichung Angaben über die Repräsentativität der gewerkschaftlichen Berufs- bzw. Sozialstruktur für die der jeweiligen Rekrutierungsbranche. Einen hohen Bildungsabschluss (mindestens Mittelschule oder höhere Fachschule) geben 9,3% der SMUV- und 27,2% der VPOD-Mitglieder an. Rund 30% der Metaller verdienen zwischen 2000 und 3000

* Charles Roig, Hans Schmid, Ural Ayberk, Jean-Noël Rey: *Syndicalisme au futur – Gewerkschaften im Wandel*, Lausanne 1986

Charles Roig, Hans Schmid, Ural Ayberk, Jean-Noël Rey, Carlos Garcie, Eric Wisler: *Enquête sur les mutations syndicales en Suisse*, Genf 1984